

# Die Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration



HOCHTAUNUSKREIS

## BESCHLUSSPROTOKOLL

der 29. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in  
der X. Wahlzeit am Mittwoch, den 20.01.2016,  
im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.  
Sitzungsdauer 18:03 Uhr bis 19:20 Uhr

### **A. Anwesend**

#### Vorsitzende

Kerstin Giger

#### CDU

Dr. Dagmar Charrier  
Agnes Gerecht  
Alexander Hees  
Gerd Krämer  
Irina Sperling

#### SPD

Gabriele Klempert  
Thomas Papadopoulos  
Astrid Schatta

#### GRÜNE

Norman Dießner  
Petra Elsenheimer  
Norbert Halas  
Lars Keitel

#### FDP

Philipp Herbold

#### FWG

Karin Birk-Lemper

#### REP

Kim-Philipp Nowak

#### PIRATEN

Michael Geurts

**Kreisausschuss**

Ulrich Krebs  
Katrin Hechler  
Andrea Conrad  
Hadmut Lindenblatt  
Hermann Maier  
Bert Worbs

**Schriftführer**

Michael Frauenstein

**Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen**

Carsten Filges

**Kreistagsabgeordnete, die nicht dem Ausschuss angehören**

Jutta Bruns

**Verwaltung**

Sabine Breede  
Hans Breunig  
Uwe Fink  
Monika Gies  
Roland Gilbert  
Reinhard Hentzel-Wagner  
Felix Heuser  
Rainer Hoffmann-Alfke  
Carsten Lauer  
Margareta Leuwer  
Walter Miot  
Andrea Nagell  
Dr. Roland Pauly  
Kristina Preisendörfer  
Heinz Rahn  
Stefan Sauer  
Monika Schmucker  
Annette Volk

**Gäste**

Bernhard Biener	FAZ
Andreas Eschenbacher	TZ
Manuel Gonzalez	DRK
Stefan Nawroth	FR
Leonie Reuß	DRK

## B. Eröffnung

Die Vorsitzende Frau Kerstin Giger eröffnet die 29. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in der X. Wahlzeit. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

## C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
1.	<b>Mitteilungen</b>	

### Notunterkunft für Flüchtlinge in Oberursel, Presseberichterstattung

Herr Landrat Ulrich Krebs berichtet über den durch die Zeitung „Die Welt“ veröffentlichten Artikel zu einer körperlichen Auseinandersetzung mit – so „Die Welt“ – religiösem Hintergrund.

Dezidiert stellt er dar, dass am Samstag, den 7.11.2015 bei der Zentralen Leitstelle um 21:50 Uhr ein Rettungswagen von der Polizei Oberursel mit dem Einsatzstichwort „Zustand nach Gewalt“ angefordert wurde. Um 23:28 Uhr wurde in der Zentralen Leitstelle dokumentiert, dass es sich um ein Körperverletzungsdelikt handelt und der Patient den Hochtaunus-Kliniken zugeführt wird. Der Geschädigte gab bei der Polizei an, dass ihm die Verletzungen von einem Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens zugefügt wurden. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Am 8.11.2015 wurde dokumentiert, dass sich der Betreiber der Notunterkunft, die Polizei und der Hochtaunuskreis (Führungstab) im Austausch befinden, um die Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens aus der Notunterkunft herauszulösen und diese nicht mehr in den Notunterkünften einzusetzen. Diese Maßnahme wurde im Einvernehmen mit den verantwortlichen Mitarbeitern der Fa. All Service beschlossen und umgesetzt, um weitere Konflikte in der Unterkunft zu vermeiden.

Am 10.11.2015 wurde der Sachverhalt mit allen Beteiligten (Betreiber, Polizei, Fa. All Service und dem Hochtaunuskreis) ausgewertet und besprochen. In diesem Gespräch wurde von der Fa. All Service mitgeteilt, dass im „Logbuch“ der Unterkunft dokumentiert wurde, dass der Geschädigte „unter Drogen oder Alkoholeinfluss stand und dieser aggressiv gegenüber Mitbewohnern und dem Personal aufgetreten ist“. Die Hintergründe der Auseinandersetzung waren dem Führungstab nicht bekannt.

Herr Landrat Ulrich Krebs betont, dass es sich in diesem Fall um ein laufendes Verfahren handelt, in dem nicht vom Hochtaunuskreis ermittelt wird, er insofern auch keine Stellungnahme abgeben kann.

Sollte es sich tatsächlich um eine religiös motivierte Körperverletzung handeln, ist dies natürlich völlig inakzeptabel und wird konkret und auch für die Zukunft seitens des Hochtaunuskreises nicht toleriert. Er konstatiert, dass die vergangenen Wochen gezeigt haben, dass die geleistete Arbeit in den Notunterkünften, insbesondere unter dem Aspekt der Sicherheit, sehr gut funktioniert hat.

Herr Dießner moniert in diesem Zusammenhang die Kommunikation des Hochtaunuskreises, nicht aber die handelnden Personen und die von den Beteiligten getroffenen Entscheidungen. Der Hochtaunuskreis hätte die Abberufung der offensichtlich daran beteiligten Sicherheitsmitarbeiter in Verbindung mit dem beschriebenen Vorfall mitteilen sollen. Er bedauert, dass erst durch den Presseartikel, also über einen Umweg, informiert wurde. Dies hätte auch schon im Rahmen der allgemeinen Informationen zu diesem Themenkomplex in den dafür zuständigen Gremien passieren können.

Herr Landrat Ulrich Krebs betont die bisherige umfangreiche Berichterstattung zu den Notunterkünften im Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration. Er führt an, dass gerade nach den schrecklichen Ereignissen in Köln die Bewertung solcher Vorkommnisse anders gewichtet wird.

Im Vergleich zu dieser konzertierten Aktion ist der aktuelle Fall singulär und differenziert zu betrachten.

**2. Frühe Hilfen im Hochtaunuskreis; 2015/1148/KA  
Zwischenbericht August 2015**

Der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration nimmt den Zwischenbericht Frühe Hilfen im Hochtaunuskreis zur Kenntnis.

**3. Jahresbericht 2014 der Betreuungsbehörde 2015/1172/KA**

Der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration nimmt den Jahresbericht 2014 über die Betreuungsbehörde zur Kenntnis.

**4. Jahresbericht 2014 der Fachstelle Demenz 2015/1173/KA**

Frau Schmucker von der Fachstelle Demenz beantwortet eine Frage von Frau Klempert. Anschließend wird der Jahresbericht 2014 der Fachstelle Demenz für den Hochtaunuskreis und die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe zur Kenntnis genommen.

**5. Jahresbericht 2014 des Pflegestützpunktes 2015/1174/KA**

Der Jahresbericht 2014 des Pflegestützpunktes wird zur Kenntnis genommen.

**6. Bericht Sozialpsychiatrischer Dienst für die Jahre 2013 und 2014 2015/1182/KA**

Nach einem kurzen Meinungsaustausch zum Thema Verweildauer der Patienten in den Kliniken zwischen Frau Klempert und dem Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, Herrn Dr. Pauly, nimmt der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration den Jahresbericht des Sozialpsychiatrischen Dienstes für die Jahre 2013/2014 zur Kenntnis.

**7. Bericht zum Thema "Bildung und Sprachförderung" im Rahmen des 2015/1248/KA  
Leitbildes und Handlungskonzept "Leben in Vielfalt im Hochtaunuskreis"**

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler verweist auf die zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8 auf die Tische gelegten Informationen. Sie geht auf diese Unterlagen sowie auf den Bericht zum Thema Bildung und Sprachförderung ein und verdeutlicht die wesentlichen Inhalte.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler, Herr Gilbert vom Fachbereich Soziale Dienste und Frau Breede von der Leitstelle Integration beantworten die Fragen von Herrn Keitel, Herrn Dießner, Herrn Geurts und Frau Klempert. Besprochen werden die Finanzierung der Betreuungsprojekte für lernschwache Schülerinnen und Schüler, die Situation der InteA-Klassen und die Abschlussmöglichkeiten in den Berufsschulen.

Frau Birk-Lemper regt an, die Sprachförderung insofern zu optimieren, dass die Kita-Gebühren für Flüchtlingskinder nicht nur für einen halben Tag, sondern auch für einen ganzen Tag erstattet werden. Unter solchen Voraussetzungen wird die kulturelle und sprachliche Weiterentwicklung gefördert.

Im Anschluss der Diskussion nimmt der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration den Bericht zur Kenntnis.

- |    |  |                       |
|----|--|-----------------------|
| 8. | <b>Antrag der FDP-Kreistagfraktion</b>                 | <b>2015/1225/KT/1</b> |
|    | <b>Deutschkurse für Flüchtlinge im Hochtaunuskreis</b> |                       |
|    | <b>Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE</b>     |                       |
|    | <b>Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen</b> | <b>2015/1225/KT/2</b> |
|    | <b>Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion</b>       | <b>2015/1225/KT/3</b> |

Herr Krämer begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Der Inhalt dieses Änderungsantrages führt zu einer Diskussion über das dort zitierte Konzept für Deutschförderung von Flüchtlingen.

Herr Herbold, Herr Dießner, Herr Geurts und Frau Dr. Charrier interpretieren in einer Aussprache mit Frau Kreisbeigeordneter Katrin Hechler die Form und Vorlage eines Konzepts differenziert.

Am Ende der Diskussion über die Formulierung des Änderungsantrages teilt Herr Krämer mit, dass im 2. Absatz des Änderungsantrages das Wort Konzept zweimal durch das Wort „Maßnahmen“ ersetzt wird.

Herr Herbold, einen Vorschlag von Herrn Dießner aufgreifend, stellt einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag mit der Abwandlung, dass im 2. Absatz des Beschlusstextes der Kreis Ausschuss gebeten wird, seine aktuellen Aktivitäten.....in einem Konzept zu bündeln.

### 2015/1225/KT/3

#### Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (4), FDP (1), FWG (1)  
 Nein: CDU (6), SPD (3)  
 Enthaltung: ./.

#### abgelehnter Beschluss

Der Kreistag nimmt den Bericht des Kreis Ausschusses zu Deutschkursen für Flüchtlinge zur Kenntnis. Der Kreistag begrüßt die bisher vom Kreis Ausschuss ergriffenen Maßnahmen. Der Kreistag bedankt sich bei allen ehrenamtlichen Initiativen und Organisationen, die sich bislang mit großem Engagement und Erfolg für Angebote an Deutschkursen einsetzen.

Der Kreistag bittet den Kreis Ausschuss seine aktuellen Aktivitäten für Deutschförderung von Flüchtlingen unter Einbeziehung des Integrationsbeirates in einem Konzept zu bündeln und den sich verändernden bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen laufend anzupassen und fort zu entwickeln. Ziel dieses Konzeptes soll sein, dem Hochtaunuskreis zugewiesenen Flüchtlingen innerhalb kürzester Zeit nach ihrem Eintreffen den Besuch eines Deutschkurses zu ermöglichen.

Der Kreistag appelliert an Bund und Land nicht nur ausreichende Finanzmittel für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Ausführungsbestimmungen praxisnah zu gestalten, damit Initiativen wie bspw. "Teachers on the road" ihre Arbeit fortsetzen und ausweiten können.

**2015/1225/KT/2 (neu)****Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (6), GRÜNE (4), SPD (3), FDP (1), FWG (1)  
 Nein: ./.  
 Enthaltung: ./.

**gefasster Beschluss**

Der Kreistag nimmt den Bericht des Kreisausschusses zu Deutschkursen für Flüchtlinge zur Kenntnis. Der Kreistag begrüßt die bisher vom Kreisausschuss ergriffenen Maßnahmen. Der Kreistag bedankt sich bei allen ehrenamtlichen Initiativen und Organisationen, die sich bislang mit großem Engagement und Erfolg für Angebote an Deutschkursen einsetzen.

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss seine Maßnahmen für Deutschförderung von Flüchtlingen unter Einbeziehung des Integrationsbeirates fortzuschreiben und den sich verändernden bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen laufend anzupassen und fort zu entwickeln. Ziel dieser Maßnahmen soll sein, dem Hochtaunuskreis zugewiesenen Flüchtlingen innerhalb kürzester Zeit nach ihrem Eintreffen den Besuch eines Deutschkurses zu ermöglichen.

Der Kreistag appelliert an Bund und Land nicht nur ausreichende Finanzmittel für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Ausführungsbestimmungen praxisnah **zu** gestalten, damit Initiativen wie bspw. "Teachers on the road" ihre Arbeit fortsetzen und ausweiten können.

**2015/1225/KT/1****erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)**

Der Kreisausschuss wird beauftragt, gemeinsam mit den freien Trägern und insb. der VHS ein Konzept für Deutschkurse für Flüchtlinge zu entwickeln und dem Kreistag vorzulegen.

Ziel soll es sein, dass alle im Hochtaunuskreis ankommenden Flüchtlinge spätestens vier Wochen nach ihrem Eintreffen einen Deutschkurs belegen können. Diese sind vom Kreis in entsprechender Kooperation zu finanzieren und zu organisieren.

**9. Verschiedenes****Finanzierung der Maßnahmen für die Flüchtlinge**

Auf Nachfrage von Herrn Dießner berichtet Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler über die finanziellen Aspekte zur aktuellen Flüchtlingsproblematik. Konkrete schriftliche Vorgaben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie vom Land Hessen liegen noch nicht vor.

**Flüchtlingsunterkünfte**

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler gibt einen aktuellen Sachstandsbericht über die Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Hotel Erbismühle. Zurzeit leben dort 180 Flüchtlinge, davon 30 Alleinreisende sowie sechs Paare. Alle anderen Menschen sind Familien mit Kindern. Es laufen Umbaumaßnahmen mit dem Ziel, aus dem Hotel eine funktionale Gemeinschaftsunterkunft zu schaffen.

In Oberursel wird das ehemalige Schulungszentrum der SEB zu einer Gemeinschaftsunterkunft umgebaut. Es wird versucht, dort viele Menschen aus der Notunterkunft in den Sporthallen an der Bleibiskopfstraße unterzubringen.

#### Statistiken zu Flüchtlingen

Herr Herbold hätte gerne aktuelle statistische Daten zu den Flüchtlingen im Hochtaunuskreis.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler teilt hierzu mit, dass zum 31.12.2015 ca. 2.600 Flüchtlinge im Hochtaunuskreis untergebracht wurden. Konkrete Daten werden dem Protokoll beigefügt (Anlage I).

#### Finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen und dem Hochtaunuskreis

Frau Dr. Charrier hinterfragt die finanziellen Modalitäten im Verhältnis zwischen den Kommunen und dem Hochtaunuskreis.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler berichtet über das vereinbarte Verfahren mit den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden. Hervorzuheben ist, dass in Zukunft die Kosten für die Sozialarbeit geteilt werden sollen. Grundsätzlich stellt der Hochtaunuskreis keine Forderungen an die Kommunen.

#### Sprachkurse

Herr Dießner fragt nach den Adressaten der angebotenen Sprach- und Integrationskursen.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler teilt mit, dass das Bundesinnenministerium beschlossen hat, nur Menschen aus Syrien, Eritrea, Iran und Irak zu den Integrationskursen zuzulassen. Nur diese Maßnahmen werden aus Bundesmitteln finanziert.

#### Herkunft der Flüchtlinge

Frau Volk, Leiterin des Fachbereichs Ausländer, Flüchtlinge und Personenstandswesen, erklärt auf Nachfrage von Herrn Geurts, das Verfahren zur Ermittlung der Herkunft der Flüchtlinge.

Frau Giger bedankt sich bei allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Kerstin Giger  
Vorsitzende

gez. Frauenstein  
Schriftführer